Neue Zürcher Zeitung

Konkurrenzkampf: Christoph Darbellay will in die Walliser Regierung – und somit einen Staatsrat verdrängen seite 17 Gemeindefusionen: Im Mittelwallis hat es geklappt, im Luzerner Hinterland hingegen noch nicht seite 18

## «Es gab keine Berührungsängste»

Der britische Historiker Thomas Skelton-Robinson über die Plausibilität eines Schweizer Abkommens mit palästinensischen Terroristen

Hat sich die Schweiz 1970 mit einem Geheim-Deal vor weiteren Terrorattacken schützen wollen? Der internationale Kontext spreche dafür, sagt ein Kenner der palästinensischen Guerilla.

MARC TRIBELHORN

Flugzeugentführungen und Geiselnahmen, palästinensische Guerillakommandos und schweizerische Geheimdiplomatie: Anfang Jahr leuchtete der NZZ-Reporter Marcel Gyr mit dem Buch «Schweizer Terrorjahre» ein in Vergessenheit geratenes Kapitel aus dem Kalten Krieg neu aus und kam zu brisanten Befunden. Um das Land vor weiteren Terrorattacken zu bewahren, habe Bundesrat Graber 1970 mit den Palästinensern heimlich ein Abkommen aushandeln lassen. Den Terroristen sei eine diplomatische Dépendance in Genf in Aussicht gestellt worden - und möglicherweise sogar die Straffreiheit im Fall des Flugzeugabsturzes von Würenlingen, bei dem alle 47 Insassen ums Leben kamen. Der Bundesrat reagierte postwendend auf die Publikation, die sich massgeblich auf Aussagen von Zeitzeugen stützt, und setzte eine Arbeitsgruppe ein, die nun den Vorwürfen nachgeht. Deren Erkenntnisse werden Ende April der Öffentlichkeit präsentiert.

Inzwischen ist aber auch von verschiedener Seite Kritik geübt worden an der Plausibilität eines solchen Geheimabkommens. Insbesondere hat die Forschergruppe Dodis um den Historiker Sacha Zala vor kurzem eine «Zwischenbilanz» veröffentlicht. Ihr Fazit nach dem Studium der frei zugänglichen Quellen aus dem Bundesarchiv: Die im Buch genannten «Indizien» seien «zu spekulativ», das angebliche Abkommen sei «äusserst unwahrscheinlich».

Ganz anders beurteilt dies hingegen der britische Historiker Thomas Skelton-Robinson. Der Mann mit der Nickelbrille hat einschlägig über die Kontakte von deutschen Linksterroristen mit den Palästinensern in den 1970er Jahren publiziert und arbeitet derzeit mit dem renommierten Politikwissenschafter Wolfgang Kraushaar an einer Chronik über die Bundesrepublik und den internationalen Terrorismus in jener bleiernen Zeit. Zu unserem Treffen in einem Zürcher Lokal bringt er stapelweise Dokumente über die Flugzeugentführungen palästinensischer Terroristen vom Herbst 1970 mit, die er während Monaten aus dem britischen Nationalarchiv ans Licht befördert hat.

Herr Skelton-Robinson, die These eines Geheimabkommens der Schweiz mit palästinensischen Terroristen hat in den letzten Monaten für Irritationen gesorgt. Sind Sie überrascht?

Nur darüber, dass die Erkenntnisse Ihres Kollegen Marcel Gyr vorschnell und vor allem so vehement in Zweifel gezogen worden sind. Dass es ein solches Abkommen gegeben haben könnte, scheint mir aufgrund der damaligen internationalen Lage plausibel zu sein.

## Inwiefern?

In der Diskussion um die Flugzeugentführungen vom September 1970 ins jordanische Zerqa wird zum Beispiel gerne übersehen, dass die Schweiz, Grossbritannien und Deutschland sieben inhaftierte palästinensische Terroristen ausgeflogen haben, und zwar erst am Tag nachdem die palästinensische Befreiungsfront PFLP alle ihre Geiseln freigelassen und damit ihr wichtigstes Verhandlungspfand verloren hatte. Dafür gibt es nur eine Erklärung: Die drei



«Die Archivierung kritisch hinterfragen»: Thomas Skelton-Robinson. ANNICK RAMP / NZZ

Regierungen schlossen mit den Terroristen bereits eine Art Abkommen, um in Zukunft von Flugzeugentführungen verschont zu bleiben.

Was macht Sie so sicher?

Es gibt eine ganze Reihe von Dokumenten, die belegen, dass die Palästinenser den Westeuropäern versprochen haben. solche Geiselnahmen künftig zu unterlassen, meistens im Zusammenhang mit der Forderung, dass dafür in Israel inhaftierte Waffenbrüder freigelassen werden. Es ist zudem auffallend, dass erst im Februar 1972 wieder eine Maschine einer westeuropäischen Fluggesellschaft entführt wird. Die Schweiz bleibt - abgesehen von einer an die jordanische Botschaft in Genf adressierten Paketbombe - die ganzen 1970er Jahre verschont von palästinensischen Terrorattacken. Interessant ist auch eine Mitteilung des Generaldirektors der internationalen Luftverkehrsvereinigung Knut Hammerskjoeld. Er schreibt bei Ausbruch der Zerqa-Krise, dass mit den palästinensischen Guerillakämpfern noch im März die Vereinbarung getroffen worden sei, dass sie auf Flugzeugentführungen verzichten würden – was nun leider obsolet sei. Solche «Gentlemen's Agreements» gab es also früher schon.

Dass der Bundesrat im Zuge der Zerqa-Krise und im Sinne der Staatsräson palästinensische Terroristen freigelassen hatte, sorgte in der Schweiz schon damals für Empörung. Bestritten wird aber vor allem Marcel Gyrs These, dass es einen diplomatischen Alleingang von Bundesrat Graber gegeben habe.

Es ist unwahrscheinlich, dass die kleine Schweiz so viel gewagt hätte, wenn sie nicht von vergleichbaren Aktionen ihrer Partner gewusst hätte. Es ist aber inzwischen bekannt, dass sogar Grossbritannien, das sich während Zerqa öffentlich und auf diplomatischem Weg vehement für eine Einheitsfront aussprach, über den ägyptischen Präsident Nasser einen Separat-Deal mit den Palästinensern ausgehandelt hat – ohne seine Partner aus dem internationalen Sonderstab zu informieren. Die Deutschen schickten ihrerseits Hans-Jürgen Wischnewski als Sonderbeauftragten nach Jordanien, um mit dem PFLP-Führer Abu Maher und PLO-Chef Arafat zu verhandeln. Die Mission war als «private Initiative» getarnt. Wischnewski schrieb später in seinen Memoiren: «Auch andere Staaten

«Solche «Gentlemen's Agreements» mit den Palästinensern gab es bereits früher.»

hatten in der Zwischenzeit direkte Kontakte aufgenommen.» Weshalb also nicht auch die Schweiz?

Wischnewskis Beispiel zeigt zwar, dass es direkte Kontakte zwischen Vertretern westlicher Regierungen und den Kommandogruppen gegeben hat, doch waren sie nicht sehr selten?

Da liegen Sie falsch. Es gab keinen «Cordon sanitaire» und keine Berührungsängste zwischen den beiden Seiten. Im Gegenteil! Natürlich sorgten sich die Regierungen, dass solche Kontakte publik werden könnten, aber Gespräche mit palästinensischen Guerillakämpfern waren verbreitet. Der bekannteste Fall ist der langjährige Kon-

takt der CIA mit Ali Hassan Salameh, dem Chef des palästinensischen Geheimdienstes und Führer des Terrorkommandos Schwarzer September. Dass aus solchen Kontaktaufnahmen Abkommen resultierten, wurde immer wieder kolportiert, aber sie sind meist erst ab Mitte der 1970er Jahre dokumentiert. Oft geht es um Semantik: Ab wann ist es ein Abkommen? Die Wortwahl in den Quellen lässt vieles offen.

Gibt es aus internationaler Sicht noch andere Indizien, die für ein Geheimabkommen zwischen der Schweiz und den Palästinensern sprechen?

Man muss wissen, dass die PFLP mit den Flugzeugentführungen nach Zerqa nicht einfach Waffenbrüder freipressen wollte. Es sollte in erster Linie Druck aufgebaut werden, damit der Westen der palästinensischen Problematik gewahr wird. Und Zerqa zeigte Wirkung: Die Palästinenser waren zurück auf dem politischen Parkett und glaubten an die Schaffung eines eigenen Staates. Ab Oktober 1970 intensivierten sich denn auch ihre diplomatischen Aktivitäten markant. In diesem spezifischen Kontext ist auch der Schweizer Teil des «Stillhalteabkommens», nämlich die Unterstützung der Palästinenser für eine de facto diplomatische Anerkennung in Genf, nachvollziehbar.

Nur liess sich bis heute kein schriftlicher Beweis für ein solches Abkommen finden. Wäre es von Bedeutung gewesen, hätte es doch zwingend Spuren in der Verwaltung hinterlassen müssen, wie der Historiker Sacha Zala angemerkt hat.

Das kommt zum einen darauf an, wie formal das Abkommen war. Ich würde wie Marcel Gyr von einem «Gentleman's Agreement» ausgehen, besiegelt mit einem Handschlag. Zum anderen ist die Archivierung kritisch zu hinterfragen. Sind entsprechende Dokumente überhaupt ins Bundesarchiv abgegeben worden? Und wenn ja, stehen sie den Forschern frei zur Verfügung?

Wie war es denn in Grossbritannien? In den Beständen über die September-Krise fehlen diverse Dokumente. Einige wurden gezielt vernichtet, andere werden vom Archiv oder von den betroffenen Ministerien zurückbehalten. Dass es sich dabei um keine Bestellungen von Sandwiches handelt, sondern um staatspolitisch brisante Informationen, ist ja wohl klar. Man muss daher aus den vorhandenen Fragmenten vernünftige Hypothesen bilden und noch lebende Zeitzeugen befragen. Aber zu behaupten, etwas habe nicht geschehen können, weil keine schriftlichen Dokumente darüber vorliegen, ist etwas weltfremd.

Laut den NZZ-Recherchen handelte die Schweiz das «Stillhalteabkommen» mit Farouk Kaddoumi aus...

... Kaddoumi war 1959 eines von vier Gründungsmitgliedern von El Fatah. In der PLO, die Mitte der 1960er Jahre auf Anregung Ägyptens ins Leben gerufen wurde und alle palästinensischen Kommandogruppen vereinen sollte, übernahm El Fatah die Führungsrolle. 1969 wurde Kaddoumi Exekutivmitglied der PLO. In sämtlichen aussenpolitischen Krisensituationen kam er als diplomatischer «Troubleshooter» zum Einsatz, und das lange vor 1970. Nach der Gründung der PLO gab es exakt drei palästinensische Funktionäre, die aussenpolitisch in Erscheinung traten: Neben Präsident Arafat waren das Abu Ijad und Kaddoumi. Wobei Letztere meist vorgeschickt wurden, um den Weg für Gespräche mit Arafat zu ebnen.

Wie kann es sein, dass Daoud Barakat, der erste Leiter des Genfer PLO-Büros, die damalige Rolle Kaddoumis herunterspielt und ihn im «Tages-Anzeiger» lediglich als für die Gewerkschaften Verantwortlichen bezeichnet?

Diese Frage habe ich mir auch gestellt. Kaddoumi als legitimen und auch dafür prädestinierten Gesprächspartner für diplomatische Verhandlungen auszuschliessen, ist Unsinn.

Hat Kaddoumi innerhalb der heutigen PLO Feinde?

Ganz bestimmt ist er dort eine umstrittene Figur, nur schon als Vertreter der sogenannten Ablehnungsfront, die sich 1993 gegen den Friedensprozess von Oslo stellte. Als einer der wenigen ist Kaddoumi im tunesischen Exil geblieben, weit weg von der PLO-Machtzentrale. Lange war er ein Anwärter auf die Nachfolge Arafats als PLO-Chef.

Ebenfalls von Barakat wird kolportiert, Kaddoumi sei in einer entscheidenden Phase der Zerqa-Affäre in jordanischer Gefangenschaft gewesen. Sekundiert wird Barakats Aussage im «Tages-Anzeiger» von einem französischen Historiker, der den angeblichen Gefängnisaufenthalt Kaddoumis auf die Tage vom 20. bis 28. September 1970 datiert.

Das habe ich ebenfalls mit Verwunderung gelesen. Es steht jedenfalls fest, dass Kaddoumi in Jordanien viel kürzer festgehalten wurde. Dafür gibt es verschiedene solide Quellen, insbesondere aber die Autobiografie von Abu Ijad. Kaddoumi und Abu Ijad wurden am 20. September 1970 in Amman festgenommen. Nach kurzer Internierung

«Oft geht es um Semantik: Die Wortwahl in den Quellen lässt vieles offen.»

wurden sie an den Königshof überbracht, von König Hussein empfangen und nach einer Intervention durch den ägyptischen Präsidenten Nasser am 23. September nach Kairo ausgeflogen. Von diesem Tag an konnte sich Kaddoumi international wieder frei bewegen . . .

... und theoretisch auch für Geheimverhandlungen nach Genf reisen?

Diese Möglichkeit besteht zumindest. Wobei ich aus verschiedenen Gründen dazu tendiere, dass ein allfälliger Aufenthalt Kaddoumis in Genf Ende September oder sogar erst Anfang Oktober 1970 erfolgte. Wie Kaddoumi im Buch «Schweizer Terrorjahre» ja selbst angibt, reiste er anschliessend mit dem Taxi nach Paris. Dieser zeitliche Ablauf würde zu einem Treffen von palästinensischen Vertretern passen, die sich damals an der Seine trafen, um die Installierung einer palästinensischen Exil-Regierung anzukündigen. Ob Kaddoumi zu dieser Gruppe gehörte, muss geprüft werden.

Demnach wäre er also erst nach der Geiselnahme von Zerqa in Genf gewesen?

Man muss sich von der Idee lösen, bei Kaddoumis Besuch in Genf sei es um die Freilassung der Geiseln von Zerqa bzw. der palästinensischen Gefangenen in Westeuropa gegangen. Nochmals: Wie die Beispiele anderer Länder zeigen, entstand nach Zerqa eine rege Diplomatie zwischen der PLO und westlichen Staaten. Letztere wollten weitere Flugzeugentführungen verhindern, die PLO und mit ihr die PFLP nutzten das Momentum der für sie erfolgreich zu Ende gegangenen Geiselnahme. Es war ein Geben und Nehmen.